

## ***Kolloquium des Plenums der Leibniz-Sozietät***

### **Die Russische Revolution 1917. Weltereignis - Widerstreit - Wirkungen**

Aktivitäten und Entscheidungen der Vergangenheit sind primär aus den einstigen Verhältnissen zu verstehen, folglich nicht anders als durch konkret-historische Reproduktion und Darlegung zu erinnern. Achtzig Jahre nach der Russischen Revolution ist sine ira et studio zu sagen, was die widerstreitenden Akteure des Jahres 1917 unter den Bedingungen ihrer Zeit tun wollten und konnten: was sie erhofften, erreichten - aber auch verfehlten.

Den Referenten und Diskutanten des Kolloquiums, das am 1. November 1997 unter dem Dach der Berliner Humboldt-Universität stattfand, waren allerdings subjektive Verzerrungen ihres Themas bewußt. Von früheren Staatsfeiern und parteiischen Manifestationen war die historische Rückschau auf das Jahr 1917 schlechthin unter dem Diktum „Große Sozialistische Oktoberrevolution“ betrieben, mit Blick auf das Leitbild der leninistischen Avantgarde auch geschönt und vereinseitigt worden. Doch gegenwärtig sind die Erinnerungen ebenfalls durch subjektive Sichtweisen eingefärbt. Die Russische Revolution, betrachtet durch die Brille der Verächter sozialer Empörungen und antikapitalistischer Alternativen, erscheint als Büchse der Pandora, aus der die gesellschaftspolitischen Irrtümer, Krankheiten, Verbrechen unseres Jahrhunderts gekommen seien: Widerspruch zwischen bürgerlicher Demokratie und kommunistisch-faschistischem Totalitarismus - so nämlich heißt das Konstrukt, wonach das Wesen des Zeitalters von 1917 bis 1990 erklärt wird. Hinzu kommen viele Millionen vormals Tätiger oder Sympathisierender der sozialen Revolution, die nunmehr auf dem Scherbenhaufen des mißlungenen, strukturell auch mißratenen staatsmonopolistischen Sozialismus resignieren: Sie nennen die „Große Sozialistische Oktoberrevolution“ eine historische „Sackgasse“, die keine sonderliche Erinnerung, zumal keine Beachtung als ein weltgeschichtlich überdauerndes Ereignis und Datum verdient.

Antworten auf die Fragen, ob der Umbruch in Rußland nicht doch als Große Revolution zu rezipieren oder aber als eine politisch-soziale Zäsur

der neuzeitlichen Geschichte aus dem Gedächtnis zu löschen sei, sind also nach zwei Seiten zu geben. Einerseits müßten Verzerrungen des stalinistischen und poststalinistischen Geschichtsbildes aufgezeigt und korrigiert werden. Andererseits wäre von der ganz entgegengesetzten Geschichtsdoktrin zu sagen, daß die konkrete Historie wesentlich mehr zeigt als nur den Widerspruch zwischen Demokratie und Totalitarismus, deren differente Staats- und Gesellschaftsformen gewiß schwer vereinbar, aber durch die Gleichsetzung faschistischer und prinzipiell antifaschistischer Diktaturen in der wiederum ideologischen Theorie bössartig verfälscht sind. Denn die möglichst realistische Retrospektive des Historikers offenbart, daß die erste Hälfte des Jahrhunderts ein Zeitalter nie dagewesener Staatenkonflikte und zunehmend weltumspannender Verheerungen war, und nicht die von 1917 gekommene Sowjetunion war „der Schoß, aus dem das kroch“. Schon der erste Weltkrieg war eine von kapitalistischen Staaten verschiedener Wachstumsgrade verschuldete Völkerkatastrophe. Der humane Sinn von Leben und Arbeit war in den Widersinn massenhafter Verrohung und Vernichtung pervertiert. Da kann nicht verwundern, wenn damalige Kriegsgegner und Alternativdenker von einer ganz anderen „Sackgasse“ sprachen - von dem mörderischen Konflikt, dem barbarischen Abgrund, in den die Großmächte des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts die Menschheit hineingezerrt hatten. Weltkrieg und Revolution, Ursache und Wirkung werden unter diesem konkret-historischen Aspekt vom Kopf auf die Füße gestellt.

Gemäß solcher Prämissen eröffnete der Historiker *Prof. Dr. Helmut Bock (Berlin)* das Kolloquium. Er thematisierte unter der leitmotivischen Bezeichnung „Präzisierende Fragen zum konkret-historischen Revolutionsprozeß“ die Februarrevolution von 1917 und ihre Wirkungen auf verschiedene Volksschichten. Im „leninistischen Geschichtsbild“, das auch in der DDR dominierte, sei der „Februar“ vom „Oktober“, also der „Großen Sozialistischen Revolution“, abgetrennt worden - als eine Art Vorspiel unreifer Charaktere gegenüber dem eigentlichen und sieghaften Revolutionsdrama mit dem genialen Führer Lenin und den sich ihm anschließenden bolschewistischen Heroen. Ein Blick in die häufigen Leitfäden und Abrisse erweise die allgemeinbildende Machart, wonach es zu genügen schien, Rußlands alte Epoche am Ende des Monats Februar 1917 mit dem Erfolg der Petrograder Volksrevolutionäre enden und sodann eine historiographische Lücke zu lassen. Erst am 3. April begann dann wieder die Darstellung mit der Reifungsperiode der Großen Revolution - und zwar auf dem Finnländischen Bahnhof: Dort nämlich trug Lenin

seine fertig vorausgedachten „April-Thesen“ in der Tasche, um sie am folgenden Tag - ganz ohne Analysen vor Ort - vor den teils verwunderten, teils widerständischen Bolschewiken und Menschewiken zu referieren. Bock ironisierte somit eine Rezeption, die grundsätzlich zu kritisieren sei: Denn die historische Erinnerung wurde auf den „großen Mann“ und auf „Leninismus“ fokussiert, während der originäre Anteil der Volksmassen am Revolutionsprozeß, auch ihre eigenen, mit dem leninistischen Avantgardismus nicht ganz übereinstimmenden Bedürfnisse und Interessen, nur mangelhaft ins Bild gerieten.

Eine erweiterte Retrospektive indessen müsse erweisen, daß Rußlands Gesellschaftssituation seit dem Sturz des Zarismus von außergewöhnlichen Massenbewegungen gekennzeichnet wurde. Ungeachtet der provisorischen bürgerlichen Staatsregierung schritten Arbeiter, Soldaten, Bauern, Landarme in lokalen Lebensräumen und militärischen Standorten zur Selbstorganisation ihrer sozialen Interessen: zur Bildung unzähliger Komitees und zumal der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten, d. h. von revolutionären und basisdemokratischen Volksvertretungen. Diese stellten unabdingliche Ansprüche und schufen vollendete Tatsachen, die den besitzenden Klassen durchaus entgegenstanden. Sie widerspiegelten die politisch-sozialen Konflikte, die Widerspruchsdiagnostik des Jahres '17, und sind in fünf Grundfragen zu umreißen. 1. Das Problem Krieg oder Frieden: „Schluß mit dem Krieg!“ war die mächtigste Massenforderung, insbesondere eine verbale Ermutigung der Soldatensowjets sowie der einzelnen Militärangehörigen zur Befehlsverweigerung und vielfachen Desertion. Sie wurde von Ministern und Generalität mit kriegerrischen Solidaritätsadressen an die Ententemächte und mit der Wiedereinführung standrechtlicher Todesstrafen beantwortet. - 2. Die Agrarfrage: „Der Boden den Bauern!“, nächst der Antikriegsforderung die verbreitetste Losung der größten Bevölkerungsschicht Rußlands, meinte Enteignung der Großgrundbesitzer und zumeist Übergabe des Bodens an die Dorfgemeinden zwecks Nutzung durch bäuerliche Produzenten; dies wurde bereits durch selbsttätige Konfiskationen von Land, Saatgut, Gerätschaften praktiziert. Die Regierung, obwohl mit Reformprojekten beschäftigt, reagierte durch Einsatz von Kosakenschwadronen, woraufhin Bauernaufstände in ca. 30 Gouvernements ausbrachen. - 3. Die Arbeiterfrage: In Großindustrie, Verkehrswesen und kleineren Produktionsstätten stritten die Arbeiter, die in politischer und organisatorischer Hinsicht die bewußteste, an Zahl aber geringste Schicht der werktätigen Massen waren, mit Hilfe ihrer Fabrikkomitees und Gewerkschaften für achtstündigen

Arbeitstag, bessere Löhne, Produktions- und Absatzkontrolle gegen das am Krieg profitierende Unternehmertum. Auch sie waren den staatlichen Eigentümern ein Dorn im Auge. - 4. Die nationale Frage: Die Nationalvertretungen Finnlands, der Ukraine, des Baltikums, der Regionen des Südens beanspruchten nationale Autonomie. Dem gegenüber sah sich die Regierung genötigt, nach wie vor auf großrussische Einheit und Zentralismus zu pochen. - 5. Die Staatsfrage: Die konstitutionelle Monarchie, seit Herbst dann die bürgerlich-parlamentarische Republik waren Ziel der Regierungskräfte, die aber andauernd auf gesetzgebende Beschlüsse einer „Konstituierenden Versammlung“ vertrösteten, wobei die Wahlen wegen der Unruhe des Landes ebensooft verschoben wurden. Dagegen opponierten die Verfechter der politisch bedeutendsten Volksvertretungen. Vor allem die Kerenski-Offensive, ihr verlustreiches Scheitern bei gleichzeitiger Niederschlagung der Antikriegsdemonstrationen im Sommer, war der mentale Wendepunkt, seitdem eine vernunftmäßige Übereinkunft zwischen Regierung und Volk, Heeresführung und Soldaten kaum noch möglich war. „Alle Macht den Sowjets!“ hieß das Banner, unter dem die gewaltsam zurückgewiesenen Massen sich sammelten, sich mehr und mehr abwendend von regierungstreuen, sogar in Ministersesseln thronenden Menschewiken und Sozialrevolutionären, zumindest in Petrograd, Moskau, weiteren Städten unter den Einfluß der Bolschewiken geratend.

Im Gegensatz zur „leninistischen“ Verabsolutierung der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ und der Rolle der Bolschewiken betonte der Referent die Bedeutung der Februarrevolution und der davon ausgehenden revolutionär-demokratischen Massenbewegungen in einem „Gesamtzusammenhang der Russischen Revolution“. „Februar“ und „Oktober“, obgleich nach Zielsetzung, Triebkräften und Folgen unterscheidbar, seien als „zwei Etappen eines einheitlichen revolutionären Prozesses“ aufzufassen, der 1917 und selbst während der nächstfolgenden Jahre das Geschehen in Rußland bestimmte. Immanent war hier der kritische Gedanke angelegt, daß die revolutionären und basisdemokratischen Volksbewegungen eigene Interessen verfolgten und nach dem Oktoberaufstand in Widerspruch zu den regierenden Bolschewiken gerieten, daß also die oft behauptete Interessengleichheit von Volksmassen und Bolschewiken ein Irrtum sei. 1921, als die lokalen Sowjets, die Arbeiter- und Bauernkomitees, die Gewerkschaften und die kommunistische Parteiposition politisch entmündigt waren, zählten diese mehr oder weniger alle zu den Verlierern der Revolution.

Die Stellung der Februarrevolution im Gesamtvorgang der Russischen Revolution wurde auch von dem Historiker *Prof. Dr. Wolfgang Küttler (Berlin)* reflektiert. In der vergleichenden Revolutionsforschung der DDR sei der „Februar“ von 1917 dem bürgerlichen Revolutionszyklus der Menschheitsgeschichte zugeordnet worden - der „Oktober“ aber habe als Zäsur einer neuen Weltepoche gegolten. Wollte man nunmehr das Verhältnis von Februarrevolution und einheitlicher Russischer Revolution diskutieren, so müsse unter dem Gewicht der heute gewonnenen Erfahrungen und Einsichten auch das Gesamtverständnis der weltgeschichtlichen Epoche bzw. Epochen des 20. Jahrhunderts überdacht werden.

Küttler behandelte die Problemstellung konkret-historisch anhand des Themas „Lenin und Plechanow. Die Alternativfrage der russischen Revolution“. Tatsächlich personifizierten diese beiden Gestalten im Streit um die „April-Thesen“ eine gegensätzliche Lage- und Epochenbeurteilung, die im Frühjahr 1917 für die russische Sozialdemokratie kennzeichnend war und heute wiederum aktuell geworden ist. In den Einschätzungen offenbart sich ein Zusammenhang zwischen der Teilnahme Rußlands am Weltkrieg sowie dem Charakter und den Zielen der begonnenen Revolution. Der Menschewik G. W. Plechanow, der für eine „revolutionäre Vaterlandsverteidigung“ gegen den deutschen Imperialismus eintrat, sah die kapitalistische Produktionsweise in Rußland noch ungenügend entwickelt, so daß nur die Vertiefung der bürgerlichen Revolution auf der historischen Tagesordnung stünde - keinesfalls aber eine sozialistische Umwälzung. Sein Revolutionsverständnis entsprach einer großen Mehrheit von Menschewiken und selbst Bolschewiken, darunter L. B. Kamenew, der im Namen der bolschewistischen Tageszeitung „Prawda“ das „Schema“ Lenins ebenfalls zurückwies, soweit es davon ausging, daß „die bürgerlich-demokratische Revolution abgeschlossen sei und insoweit es auf die sofortige Umwandlung dieser Revolution in eine sozialistische berechnet“ war. - Lenin hingegen folgte aus dem „kapitalistischen Charakter“ der Provisorischen Regierung eine Politik der Fortsetzung des „räuberischen imperialistischen Krieges“. Unter dieser Regierung seien Zugeständnisse an die Phrase der „revolutionären Vaterlandsverteidigung“ unzulässig; statt dessen sei die Revolution, die in ihrer ersten Etappe der Bourgeoisie die staatliche Macht gab, so bald wie möglich in eine zweite Etappe hinüberzuführen, „die die Macht in die Hände des Proletariats und der ärmsten Schichten der Bauernschaft legen“ müsse. Dann erst könne von einem „revolutionären Krieg“ gesprochen werden, der auch die zitierte Phrase rechtfertige.

Küttler nannte Plechanows Stellung zum Krieg „realitätsfremd“. Dagegen habe Lenin die Bedingungen für eine revolutionäre Landesverteidigung richtig beurteilt. Den Inhalt der „April-Thesen“ interpretierend, bezeichnete Küttler die Machtfrage als den „springenden Punkt“ der Auseinandersetzung. Bereits aus dem Schweizer Exil hatte Lenin gegen die Mehrheit der Bolschewiken die Auffassung verbreitet, daß Rußlands bürgerliche Revolution mit Bildung der Provisorischen Regierung beendet sei. Er folgerte daraus die aktuelle Aufgabe, die proletarische Revolution als das Ziel des soeben ablaufenden revolutionären Prozesses unmittelbar anzu-steuern. Damit präzierte er seine Ansichten von 1905, wo noch von einem historisch gegliederten Stufenprogramm mit revolutionär-demokratischem Nahziel und sozialistischem Fernziel die Rede gewesen war. Das sofortige Ansteuern der proletarisch-sozialistischen Machteroberung implizierte nunmehr Lenins sofortige Absage an die bürgerlich-demokratische Republik, den Parlamentarismus, sogar die anderen sozialistischen Strömungen und Parteien, die sämtlich als das „kleinbürgerliche Lager“ bezeichnet wurden. Die erneute, die russische Umwälzung verschärfende Revolution sollte unter der Losung „Alle Macht den Sowjets“ einen Staat vom Typus der Pariser Kommune (1871) hervorbringen. Im Frühjahr 1917 noch gegen Einwände der Bolschewiken ankämpfend, konnte sich Lenin bis zum Oktober bei ihnen durchsetzen. Indem er aber andere Ansichten schlechthin negierte, habe er die subjektive Basis der russischen Revolution geschmälert. - Eine ablehnende Position bezog Küttler gegenüber heutigen historiographischen Einschätzungen, die Lenin einen unsteten, sich nach wechselnden Situationen ausrichtenden „Zickzackkurs“ unterstellen. Er argumentierte für eine langzeitige „Konsistenz“ der Grundideen Lenins über sozialistisch-revolutionäre Strategie und Taktik, erklärte die angedeutete Präzisierung aus den Erfahrungen des Weltkriegs, stellte aber die kritische Frage, ob die Kanonisierung der „April-Thesen“ in der späteren Rezeption nicht problematisch gewesen sei.

*Dr. Sonja Striegnitz (Berlin)*, Spezialistin für russische Geschichte, sprach über ein Thema, das in der „leninistischen“ Rezeption verzerrt, oft sogar ausgeblendet wurde: „Sozialrevolutionäre - Positionsbestimmung und Widerstreit“. Sie interpretierte das Agrarprogramm dieser Partei, hervor-gebracht in der Revolution von 1905: eine „Sozialisierung“ von Grund und Boden durch Übergabe derselben in die Hände des Volkes, zumal an die bäuerlichen Dorfgemeinden zwecks Verteilung zur „ausgleichenden Nutzung“. Auf solche Weise sollte eine sozialistische Bresche in die vor-

erst fortbestehende Hegemonie des kapitalistischen Eigentums geschlagen werden - wenn möglich durch Reformen, nicht durch gewaltsame Revolution. In den Jahren bis 1917 kaum weniger verfolgt als die Bolschewiken, waren die Sozialrevolutionäre führend an der Februarrevolution beteiligt, und sie verbuchten bis zum Sommer den größten Zustrom von neuen Parteimitgliedern. Doch in Fragen der Strategie und Taktik war die Partei keineswegs einheitlich.

Das Kernproblem war die Teilnahme an der bürgerlichen Provisorischen Regierung. Kerenski nahm von Anfang an einen Ministerposten ein, und ab Mai kamen weitere Sozialrevolutionäre hinzu, um Regierungsverantwortung als Minister für Landwirtschaft, Ernährung, Verkehrswesen, Inneres und Kriegswesen zu übernehmen. Seit Juli wirkte Kerenski sogar als Ministerpräsident. Die „revolutionäre Demokratie“, so besagte das Selbstverständnis der Parteilichkeit, müsse in der Koalitionsregierung vertreten werden, weil die Russische Revolution nicht bloß eine „bürgerliche“ sei, sondern „vielleicht zur Übergangsepoche zwischen der reinen bürgerlichen Herrschaft und der Epoche der Errichtung der sozialistischen Ordnung“ sich entwickeln könnte. Die Absicht, das Kräfteverhältnis in der Regierung zugunsten der Sozialisten und der revolutionären Demokratie zu verändern, blieb jedoch unerfüllt; die sozialrevolutionären Minister und Parteiführer wurden vielmehr vor den Karren der bürgerlichen Regierungsmehrheit gespannt. Striegnitz referierte die problematischen Folgen: Die Teilnahme am Weltkrieg wurde unter der Losung der „Vaterlandsverteidigung“ fortgesetzt. Die revoltierenden Bauerngemeinden, die auf Weisungen „von oben“ nicht warten wollten und begannen, die Besitzverhältnisse auf dem Lande umzustürzen, wurden entschieden zurückgewiesen. Hinsichtlich der Neugestaltung staatlicher Macht wurde den Sowjets bestenfalls eine kontrollierende Funktion gegenüber der Provisorischen Regierung zugebilligt, während allein die noch zu wählende „Konstituierende Versammlung“ mit ihren zukünftigen Beschlüssen das Allheilmittel sein sollte, um die anstehenden Probleme zu lösen. Angesichts der fortschreitenden Radikalisierung der Bevölkerungen Rußlands, vor allem der Bauernschaft, verloren die sozialrevolutionären Minister das Vertrauen im Volk. In der Partei selbst bildete sich eine revolutionäre „Linke“. Diese näherte sich bis Ende 1917 den dann regierenden Bolschewiken, die sich während des Oktoberaufstands das Agrarprogramm der Sozialrevolutionäre zu eigen machten. Der Beitrag der Referentin vermittelte wichtige Einsichten in Selbstverständnis, politische Praxis und innere Differenzierung der sozialrevolutionären Partei.

Die Aufgabe, konkret-historische Tatsachen von rezeptiven Irrtümern und Fälschungen zu befreien, wurde von dem Slawisten *Prof. Dr. Michael Wegner (Jena)* mit dem Thema erfüllt: „Gorki versus Lenin: Kultur und Revolution“. Daß nicht nur Politiker, sondern auch namhafte, sozialistisch gesinnte Kulturschaffende den Ablauf und die bolschewistischen Praktiken der Russischen Revolution kritisierten, hatte in DDR und Sowjetunion als ein Tabu gegolten. Als Musterfall herrschte das schönfärbende Bild einer Freundschaft zwischen Lenin und Gorki. Die spätere „Selbstkritik“ des Schriftstellers unter der Macht Stalins ausnutzend, wurde die Tatsache verschwiegen, daß gerade der Altmeister russisch-sowjetischer Literatur während der Revolution als ein rückhaltloser Kritiker Lenins und der Bolschewiken aufgetreten war. Das geschah in der Petrograder Tageszeitung „Nowaja Shisn“, die Gorki zu ihren Herausgebern zählte und trotz dessen Gesuches an Lenin im Juli 1918 verboten wurde.

In seiner Analyse der von Gorki verfaßten Artikelserie „Unzeitgemäße Gedanken“ bezeichnete Wegner gegensätzliche Revolutionsauffassungen als den Kern der Differenzen. Gorki war ein Verfechter der von der Februarrevolution ausgehenden Erneuerung Rußlands. Da er Voraussetzungen für eine weitere, nämlich sozialistische Revolution nicht erkennen konnte, verneinte er die Oktoberrevolution der Bolschewiken und die Methoden ihrer Machtsicherung: Was sie bezweckten, sei ein „grausames Experiment am lebenden Körper Rußlands“, und vor allem das noch junge Proletariat werde als Material für den Versuch einer Weltrevolution verbraucht. Mit größtem Unbehagen beobachtete der Schriftsteller überdies spontan anarchische und destruktive Kräfte in der Bauernschaft, die von der Partei Lenins nicht gezügelt, sondern angestachelt wurden: Das sei „ein russischer Aufstand ohne Sozialisten im eigentlichen Sinne und ohne sozialistische Geisteshaltung“, wobei vor allem die Kultur unermesslichen Schaden erleide. Gorki vertrat als Alternative ein Bündnis der Intelligenz mit der organisierten und politisch bewußten Arbeiterschaft, um die Revolutionswirren zu beenden und selbst geeignete Vertreter der Großindustrie für den Wiederaufbau des Landes zu gewinnen.

Nach der Ansicht Wegners haben „halbasiatische Sozial- und Denkstrukturen“ die revolutionäre Entwicklung in Rußland stark beeinflußt. Obwohl die Oktoberrevolution nur die demokratische Vollendung der Februarrevolution sein konnte, hätten Lenin und seine Mitstreiter dem Bauernland Rußland und den überkommenen autokratischen Herrschaftsformen ein Revolutionsmodell westeuropäischen Denkens überstülpen wollen. Doch seien sie mit der Machteroberung in den Zwang geraten, dem Land und



seinen Bevölkerungen einen „großen Sprung“ zuzumuten, der die objektiven Möglichkeiten überforderte und eine eigengesetzliche Dynamik auslöste. „Das revolutionäre Rußland beschritt eigene Wege, die die Revolution von den originären emanzipatorischen Zielen der sozialistischen Bewegung wegführten.“ Gorki aber komme das Verdienst zu, in der komplizierten und unübersichtlichen Situation von 1917/18 gravierende Defizite im Revolutionsverständnis der Bolschewiken angeprangert zu haben.

*Dr. Wladislaw Hedeler (Berlin)*, ebenfalls Spezialist für russische Geschichte, sprach über den gravierenden Gegensatz, der die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands teilte. Das Gewicht seiner Darlegung lag auf einem der beiden Antipoden: „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie? Die Menschewiki“. Ausgehend von der Revolution des Jahres 1905, erinnerte Hedeler die wechselseitigen Unterstellungen. „Nachtrapolitik“ schimpften Bolschewiken und zumal Lenin die Theorie und Praxis der Menschewiken; Strategen des „revolutionären Sprunges“ nannten die Menschewiken ihre innerparteilichen Gegner. Mit dieser dauernden Konfrontation, die durch das Ja oder Nein zur Teilnahme am Weltkrieg enorm verschärft wurde, gelangten beide Strömungen in die Revolution von 1917 und in den unversöhnlichen Streit um Lenins „April-Thesen“. Der menschewistische Wortführer Zereteli, der den Sinn des konkreten geschichtlichen Augenblicks darin sah, die Errungenschaften der Februarrevolution in einer noch zu konstituierenden „demokratischen Republik“ zu sichern und auszubauen, kritisierte an Lenin eine „anarchistische Demagogie“, die nicht der gebotenen analytischen Frage nachgehe, ob die Bedingungen für eine Diktatur des Proletariats und der niederen Bauernschaft in Rußland überhaupt schon vorhanden seien. Die Argumente vieler menschewistischer Diskutanten leiteten sich aus einer Passage von Friedrich Engels im „Deutschen Bauernkrieg“ ab, wonach die historisch verfrühte Machteroberung durch eine revolutionäre Partei der sichere Weg in den eigenen Untergang sei. („Es ist das Schlimmste, was dem Führer einer extremen Partei widerfahren kann, wenn er gezwungen wird, in einer Epoche die Regierung zu übernehmen, wo die Bewegung noch nicht reif ist für die Herrschaft der Klasse, die er vertritt, und für die Durchführung der Maßregeln, die die Herrschaft dieser Klasse erfordert ... Er muß im Interesse der Bewegung selbst die Interessen einer ihm fremden Klasse durchführen und seine eigne Klasse mit Phrasen und Versprechungen, mit der Beteuerung abfertigen, daß die Interessen jener fremden Klasse ihre eigenen Interessen sind. Wer in diese schiefe Stellung gerät, ist unrettbar verloren.“ Marx-Engels, Werke, Bd. 7, S. 400f.)

Hedeler betonte, daß Lenin auf dieses Problem theoretisch-inhaltlich nicht eingegangen sei, sondern seine Gegenkritik auf verbale Ausfälle gegen Personen beschränkte. „Kleinbürger“, „Sozialchauvinisten“ und „Handlanger der Bourgeoisie“ waren seine häufigsten Wortattacken. Daß die Bolschewiken genaugenommen nur „Anarchisten“ seien, die sich als Marxisten ausgäben, war die Behauptung der Gegenseite.

In der Öffentlichkeit hätten die Menschewiken, die sich nach der Februarrevolution für einen „friedlichen Weg“ der Erneuerung von Staat und Gesellschaft erklärten, die Zustimmung kriegsmüder Bevölkerungsschichten und zugleich eine führende Stellung in den Sowjets gewinnen können. Doch schlugen im Verlauf des Revolutionsgeschehens zwei Probleme zu ihren Ungunsten aus: erstens - wie bei den Sozialrevolutionären - die Teilnahme an den von bürgerlich-liberalistischen Eigentümerinteressen dominierten provisorischen Koalitionsregierungen; zweitens der Umstand, daß sie infolge ihrer Auffassung der innerparteilichen Demokratie in fraktionelle Gruppen zersplittert und daher keine einheitlich organisierte „Kaderpartei“ wie die Bolschewiken waren. Aufgrund der sich radikalierenden Bewegungen im Volk wurden sie im Sommer und Herbst 1917 von den Bolschewiken überflügelt. In der Oktoberrevolution standen die von Martow angeführten Menschewiki-Internationalisten den Bolschewiken am nächsten. Nachdem letztere die Macht erobert hatten und versuchten, die Revolution teils weiterzutreiben, teils gegen innere und äußere Konterrevolution zu verteidigen, hätten sich die Menschewiken loyal zur Sowjetmacht verhalten und auf die Arbeit in den Gewerkschaften konzentriert. Der Aufstand in Kronstadt (1921) sei jedoch die Zäsur gewesen, seitdem sie von den regierenden Bolschewiken, die sich längst zur Kommunistischen Partei verselbständigt hatten, zunehmend in die Illegalität und die Emigration getrieben wurden. In der inner- und außerrussischen Urteilsbildung wurden die Menschewiken als „Sozialdemokraten“ aufgefaßt.

„Recht und Rechtstheorie in der Oktoberrevolution“ war das Thema des Rechtsphilosophen *Prof. Dr. Hermann Klenner (Berlin)*. Er begründete eingangs das „Recht auf Revolution“ aus den politischen Tatsachen und den philosophischen Reflexionen in der Geschichte. Daß kein juristisches, wohl aber ein historisches Recht auf Revolution existiere, zeitigten bereits die Aufklärungsdebatten, deren Erkenntnis schließlich von Hegel verdichtet wurde: Ein hundertjähriges Recht gehe „mit Recht zugrunde“, sobald seine Basis wegfalle, welche die Bedingung seiner Existenz gewesen ist. Revolutionen auf gesetzlichem Wege seien ein „Widerspruch in

sich selbst“, folgerten Marx und Engels, die revolutionären Linken aus der Hegelschen Schule, denn es finde ein Kampf zweier Gewalten statt, der nicht durch das Recht, sondern durch die Geschichte entschieden werde - insofern sei die Revolution der „Rechtstitel des Volkes“. Dies gelte auch für die bolschewistische Revolution von 1917, wo die Herausbildung eines neuen Rechts auf dem Grab des alten Rechts erfolgte.

Klenner mahnte, die weltpolitischen Wirkungen nicht zu vergessen, mit denen die Oktoberrevolution und die Sowjetunion ein ganzes Zeitalter von 1917 bis 1990 prägten. Doch im Mittelpunkt seiner Darlegungen stand die historisch-kritische Prüfung der Rechtsauffassungen Lenins während seiner Regierungszeit. Das in Sowjetrußland verordnete neue Recht sei seinem Inhalt nach Produkt, Programm und zugleich Illusion der Revolution gewesen - letzteres, weil die baldige „Weltrevolution“, der Sieg des Sozialismus in allen Ländern, eine Perspektive selbst in juristischen Texten war. Auch seiner Form nach habe dieses Recht eine Einmaligkeit gehabt, weil die zahlreichen Dekrete „nichtnormative Texte“ enthielten. Sie sollten die Massen instruieren, d. h. zum praktischen Handeln anweisen, und seien also eine Form der Propaganda gewesen. Überdies wurden die Gerichte legitimiert, sich von einem sozialistisch-revolutionären Gerechtigkeitsgefühl leiten und sogar von „extrajudikativen Gewalten“ in ihren Entscheidungen beeinflussen zu lassen. Klenner urteilte kritisch: „Ohne einen Normativcharakter ist aber Gesetzlichkeit nicht zu haben.“ Das führte logisch zur Rolle des Terrors. Im November 1917 von der „terreur“ der französischen Jakobinerdiktatur sich noch abgrenzend, verlangte Lenin am 17. Mai 1922 im Brief an den Volkskommissar für Justiz, D. I. Kurski, geradezu die „Rechtfertigung des Terrors“ durch Paragraphen des Strafgesetzbuches. Schon am 15. Februar hatte er in einem Geheimschreiben, das in den „Werken“ und der Briefausgabe nicht publiziert wurde, die Verstärkung von Unterdrückungsmaßnahmen „insbesondere gegen Menschewiki und Sozialrevolutionäre“ gefordert: durch „Monsterprozesse ... erbarmungslos bis hin zur Erschießung“. Darin offenbarte sich eine Geringschätzung des Rechts, die sich bis zur Auflösung der Rechtsform erstreckte. Eine Selbstbindung der Macht an das Recht war nicht vorgesehen, so daß das Recht nur als „Mittel“, nicht als „Maß“ der Herrschaftsinstitutionen eingesetzt wurde. Der Referent sagte treffend: „Wo Gesetzlichkeit nur verstanden wird als strikte Befolgung der Obrigkeitsanordnungen durch deren Adressaten statt auch als den Anspruch der die Staatsgewalt konstituierenden Bürger, als nur gesetzlich geregelte Eingriffsmöglichkeiten der Obrigkeit in die Freiheitssphäre eben

dieser Bürger, ist die Staatsgewalt jedenfalls nicht vergesellschaftet, nicht sozialisiert, nicht einmal demokratisiert.“ Das Selbstbestimmungsrecht des Volkes besteht nicht ohne ein Selbstbestimmungsrecht seiner Individuen - ergo ist das Volk nur Objekt des Rechts und der Staat ein Obrigkeitsstaat gewesen. Klenner bewies diese Tatsache anhand der Rechtsdefinitionen, die sich von Lenin bis in die Stalinzeit erstreckten. Er bewies bei alledem auch den Abstand des studierten Juristen Lenin gegenüber der Menschen- und Bürgerrechtskonzeption des studierten Juristen Karl Marx.

Für eine differenzierte Sicht auf die Bolschewiken in und nach der Revolution plädierte der Soziologe *Prof. Dr. Helmut Steiner (Berlin)* mit dem historischen Porträt einer Frau: „Alexandra Kollontai - Eine Leninistin eigenen Profils“. Weil er ihr heutiges Lebensbild darauf beschränkt sah, letztlich nur eine Gestalt im „goldenen Käfig der Diplomatie“ gewesen zu sein, skizzierte er die politische Biographie. Schon seit einem Vierteljahrhundert vor der Revolution in der Fürsorge für Arbeiter und politische Gefangene tätig, sich für den Marxismus und in der Sozialdemokratie engagierend, lebte Kollontai in vielen Ländern Europas im Kontakt zu namhaften Persönlichkeiten der deutschen, französischen, skandinavischen Arbeiterbewegung. Sie war eine entschiedene Kriegsgegnerin, kooperierte als solche eng mit Lenin und trat nach dem Sieg des Petrograder Oktoberaufstands als Volkskommissarin für staatliche Fürsorge in die erste Sowjetregierung ein. Obwohl sie mehrfach gegen den Führer der bolschewistischen Partei opponierte, gab sie ein Beispiel, daß harte politische Auseinandersetzungen gleichwohl freundschaftliche Beziehungen nicht ausschlossen. Der Referent charakterisierte Kollontai als eine „Leninistin“ von ganz anderer Art, als Stalin - nach Lenins Tod - den „Marxismus-Leninismus“ und seine Verfechter propagierte.

Merkmal des eigenen Profils war insbesondere Kollontais Rolle als Propagandistin für ein Verständnis des Zusammenhangs von Sozialismus und Frauenemanzipation, von sozialer Revolution und feministischem Anspruch. Sie vertrat letzteren als allseitig, so daß er sämtliche Lebensbereiche der Frau erfassen müsse: gleichberechtigte Beziehungen in der Familie, Gleichberechtigung und daraus erwachsende Selbstverantwortung bei Lebensentscheidungen und Sexualverhalten, neue und moralisch anerkannte Geschlechterbeziehungen in einer neuen Gesellschaft. Dieses Konzept propagierte sie vor und während der Revolution in aufklärenden Vorträgen, Büchern, kleineren Publikationen, auch belletristischen Schriften, und überdies lebte sie ihre Vorstellungen selbst. Ihre feministischen Positionen sind nach den Aufbrüchen im Jahre 1968 von den

alternativen Frauenbewegungen Westeuropas und der USA rezipiert worden - im Gegensatz zu Sowjetrußland, wo bereits 1923 eine offizielle Polemik einsetzte, die Kollontais Ansichten zurückwies, einen Teil ihrer Schriften als „Pornographie und Boulevardliteratur“ negierte.

Aus dem stetigen Umgang mit werktätigen Frauen und Männern erwuchs schließlich auch ihre Rolle als Streitführerin der Arbeiteropposition auf dem X. Parteitag der Bolschewiken und dem Kongreß der Kommunistischen Internationale im Jahre 1921. In einer grundsätzlichen und heftig ausgetragenen Streitsache gegen Lenin, die später in den „real-sozialistischen“ Ländern als „Gewerkschaftsdiskussion“ und fast nur mit Lenins Argumenten erinnert worden ist, ging es um den basisdemokratischen Stellenwert der Gewerkschaften und um eine prinzipielle Kritik an bürokratisch-zentralistischen Tendenzen des Machtsystems der Bolschewiken. Steiner vertrat das wissenschaftliche Erfordernis, diese gesamte Debatte, vor allem die Kritik Kollontais und des Manifestes der Arbeiteropposition, zu analysieren. Letztere wurde von Parteitag und Kongreß abgelehnt. Kollontai selbst avancierte in den folgenden Jahren zur Gesandten: Weltweit erste Diplomatin in hohem Rang, vertrat sie hinfort die Sowjetunion in Norwegen, Mexiko und Schweden. Sie war eine der wenigen Revolutionsgefährten Lenins, die eines natürlichen Todes (1952) starben, also nicht von Stalins Staatsterrorismus vernichtet wurden.

Über die Bedeutung der Revolution von 1917 für die Kunstgeschichte sprach der Kunsthistoriker *Prof. Dr. Peter Feist (Berlin)* unter dem kritischen Aspekt „Die Vergeudung der bildenden Kunst“. Das Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg habe durch Versuche und Novationen in den bildenden Künsten Europas und Amerikas eine Phase großer Kreativität hervorgebracht, und auch Künstler Rußlands hätten trotz ihrer kulturgeographischen Randlage einen Anteil daran. Feist nannte neben dem Expressionismus als Beispiele auch die „dynamisch-emphatische Abstraktion“ der Kubo-Futuristen, die „Reduktion auf elementarste Bildmittel“ bei K. Malewitsch, die auf „Raumempfinden“ orientierten Arbeiten von W. Tatlin - allesamt Musterfälle der untraditionellen Gestaltungsweise, deren Radikalität gleichsam die Krise von Staat und Gesellschaft des Zarismus anzeigte. Solcherart Künstler hätten anfangs inner- und außerhalb Rußlands das „sowjetische Experiment“ mit Neugier, Hoffnung und Begeisterung aufgenommen. Während jene, die stilistisch dem Realismus des 19. Jahrhunderts verhaftet waren, eher zögerlich blieben, boten gerade die „modernsten“ Künstler ihre Mitarbeit zur Revolutionierung der Kultur und der Kunstverhältnisse an. Ihre Aktivitäten richteten sich auf die

Umgestaltung der Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse des künstlerischen Nachwuchses und auf die öffentliche Wirksamkeit der Kunst, konkret besonders durch Denkmalplastik, temporäre Festgestaltung, Plakatgrafik. Der von Tatlin seit 1919 entworfene Turm, anfangs als Denkmal der Oktoberrevolution, dann der III., Kommunistischen Internationale gedacht, sei ein Symptom für revolutionäres Engagement, aber auch für utopische Verstiegtheit gewesen.

Nach dem Bürger- und Interventionskrieg gerieten die bis dahin frei differierenden Künstler und ihre Gruppierungen zunehmend unter die politische Steuerung der von Stalin repräsentierten Partei- und Staatsmacht: Diese bekämpfte künstlerischen „Anarchismus“ durch Disziplinierung, gebot 1932 die Auflösung aller Gruppierungen und die Bildung einheitlicher Verbände, wobei sich der Verband der bildenden Künstler allerdings erst 1948 konstituierte. Der obrigkeitliche Beschluß beendete eine ebenso turbulente wie fruchtbare Kunstperiode, deren Arbeiten und Vorstellungen nicht ausreifen konnten. Auch die Theoriediskussionen über Gegenstand und Rolle der Künste wurden durch eine Definition des „sozialistischen Realismus“ (1934) eingeschränkt und dogmatisiert.

Der Referent bilanzierte die „Vergeudung der bildenden Kunst“ in abschließenden Bemerkungen. Die Avantgardisten selbst hätten mit ihrer Orientiertheit auf formale Experimente „zuviel von traditionellen Elementen der Kunst“ preisgegeben, und sie seien für die Massen schwer verständlich gewesen. So sei die sprichwörtliche Verschmelzung von „Kunst und Leben“ eine Illusion geblieben. Die politischen Machthaber indessen favorisierten traditionelle Kunstansichten, verschafften ebendiesen quasi gesetzliche Gültigkeit. Kunst sollte das politische Bewußtsein der Massen bilden, und insbesondere „Kolossalität“ schien geeignet, die Sowjetbürger zu überzeugen oder auch einzuschüchtern. Resultat waren die bekannten Werke des Heroen- und Führerkults - nicht zuletzt zur Verherrlichung Stalins. In dieser politischen Atmosphäre wurden viele „Modernisten“ ihrer Wirkung beraubt, zur Anpassung gezwungen oder verfolgt, getötet, ins Ausland vertrieben.

„Der 7. und der 9. November. Russische Revolution und deutsche Kommunisten“ lautet das Thema, das sich *Prof. Dr. Klaus Kinner (Leipzig)*, Spezialist für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts, zur Aufgabe machte. Die im Titel angesprochenen Daten meinen die Beziehung zwischen der russischen Oktoberrevolution 1917 und der deutschen Novemberrevolution 1918 - und zwar in der histori-

schen Reflexion und Selbstbeurteilung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Aufschlußreich ist zunächst Kinner's methodologische Position als Historiker. Gegen den heutigen Trend, Geschichte selektierend „von hinten“, anhand von späten Ergebnissen zu beurteilen, also „das Scheitern des von der Russischen Revolution intendierten Parteikommunismus als das Scheitern eines von vornherein zum Untergang verurteilten Projektes darzustellen“, vertritt er einen anderen Denkansatz. Wenn Geschichte als Resultante divergierender Interessen und politisch-sozialer Träger derselben, folglich als ein „offenes System“, zu begreifen ist, so gelte dies nicht bloß für die Gegenwart. Das Vergangene müsse anhand seiner zeitgenössischen Verhältnisse beurteilt werden. Ergo nannte Kinner eine konkret-historische Prämisse für die Untersuchung seines Gegenstandes: „Der Kapitalismus des 19. Jahrhunderts als vorwiegend extensiv erweiterter Reproduktionstyp war an Wachstumsgrenzen gestoßen. Der Übergang zum vorwiegend intensiv erweiterten Reproduktionstyp vollzog sich in einer Strukturbruchkrise. Die Welt ... trat in ein Zeitalter der Katastrophen ein. Der Kommunismus war eine legitime Reaktion auf diese Weltkrise des liberalen Kapitalismus. Die radikale Infragestellung des kapitalistischen Systems dieser Zeit war ebenso legitim wie die reformistische.“

Die historische Legitimität der antikapitalistischen Alternative anzuerkennen, bedeutet für Kinner keinen Verzicht auf historisch-kritische Interpretation. So thematisierte er den Zwiespalt zwischen objektivem Geschehen und subjektiver Wahrnehmung. Die Kommunistische Partei Deutschlands konstituierte sich erst am Jahreswechsel 1918/19, als die Folgen der bolschewistischen Machteroberung in Rußland schon problematisch wurden und die Novemberrevolution in Deutschland ihren Zenit überschritt. Mit ihrem Selbstverständnis aber sahen sich die deutschen Kommunisten in einer seit 1914 begonnenen „Endzeit“ des kapitalistischen Systems, begriffen sie die bolschewistische Revolution im Riesenreich Rußland als Beginn einer naturgesetzlich obsiegenden „Weltrevolution“ und sich selbst als geschichtsmächtige Vollstrecker eines nahe bevorstehenden „deutschen Oktobers“. Das waren Fiktionen, denen das Ende der Novemberrevolution und die Weimarer Republik immer weniger Nahrung boten. Die ins Dilemma kommende KPD habe, so interpretierte der Referent, in der Sowjetunion einen „Revolutionsersatz“ gefunden. Sie fixierte sich auf UdSSR und Kommunistische Internationale, hegte ihren weltrevolutionären Utopismus in der nichtrevolutionären Situation der Weimarer Demokratie und verweigerte, deren Lebenswirklichkeit anzunehmen.

Je mehr sich der Kapitalismus stabilisierte und je weiter sich daher die Möglichkeiten zur revolutionären Aktion entfernten, desto krasser sei die revolutionäre Attitüde der Selbstdarstellung geworden. Die geistig-kulturelle Abschottung des deutschen Kommunismus war demnach nicht nur von Moskauer Politzentralen verschuldet, sondern auch hausgemacht.

Am zehnten Jahrestag der Oktoberrevolution habe die KPD schließlich vor der Alternative zweier Wege gestanden: entweder „genuine proletarische Emanzipation eines demokratischen Sozialismus“ in der Nachfolge Rosa Luxemburgs, Paul Levis, August Thalheimers - oder „Verabsolutierung der Russischen Revolution“, die inzwischen unter die Deutungsmacht Stalins geraten war. Seit Lenins Krankheit und Tod hatte dieser den Streit um die „Lehren des Oktober“ benutzt, um Trotzki, Kamenew, Sinowjew u. a. als Rivalen auszuschalten. Er zwang zusehends auch die KPD unter seinen Einfluß. In der parteimäßigen Rezeption wurde der Vergleich zwischen dem russischen 7. November 1917 und dem deutschen 9. November 1918 zu einem Kriterium der Bolschewisierung, also auch der Übernahme des stalinistischen Geschichtsbildes: „Der russische Oktober war siegreich dank der Existenz der Bolschewiki als Avantgarde der Revolution; der deutsche November scheiterte, da eine solche Kraft fehlte.“ Diese These verschärfte den innerparteilichen Zwist um die Bewertung der deutschen Linken vor und während des Weltkriegs, des Spartakusbundes, der Gründung und Frühzeit der KPD, wobei Rosa Luxemburg eine „Spontanitätsmythologie“ angelastet wurde, die „nichts anderes als die Negierung der Partei“ gewesen sei. Die Debatte endete zu Beginn der 30er Jahre mit der Verurteilung des „Luxemburgismus“ als parteifeindlicher Ideologie. Wenige Jahre später gerieten viele deutsche Emigranten mit der Etikettierung, „luxemburgisch-trozkistische“ Verschwörer zu sein, in die Fänge des Stalinschen Staatsterrors. Das Konzept der „Weltrevolution“ verkümmerte indes zur propagandistischen Floskel einer Machtpolitik, die ihre großrussischen Interessen mit dem als „allgemeingültig“ bezeichneten Modell der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ drapierte.

Vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der Sowjetunion und der Transformationsprozesse im gegenwärtigen Rußland vermittelte *Prof. Dr. Horst Schützler (Berlin)* einige Merkmale des Wandels der Geschichtsschreibung: „Paradigmenwechsel der heutigen russischen Historiographie“. Während die öffentliche Meinung durch D. Wolkogonows massenhaft publiziertes und abschreckendes Triptychon über Lenin, Trotzki und Stalin nicht wenig beeinflusst sei, vollziehe sich der Wandel in der ernst-



hafteren Wissenschaft unter dem Signum möglichst neuer und freier Forschung sowie des „Pluralismus“ der weltanschaulich-theoretischen Grundlagen. Die Hegemonie der „marxistisch-leninistischen“ Schule ist gänzlich gebrochen. Auch das Interesse für die Russische Revolution ist vermindert, zumal die heutige Staatsführung ihre geschichtliche Verwurzelung aus der Zeit vor 1917 herleitet - nicht zuletzt aus der Autokratie „guter Zaren“ und dem Versuch der Stolypinschen Reformen.

Mit dem Rückzug des sowjetrussischen Geschichtsbildes schwand der Anspruch des bolschewistischen Avantgardismus und seiner welthistorischen Titel. Von der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ ist die Größe gestrichen, das Attribut „sozialistisch“ umstritten, der noch verwendete Begriff „Oktoberrevolution“ in Frage gestellt durch die Bezeichnungen „Oktoberumsturz“, „bolschewistischer Umsturz“, „Putsch der Bolschewiki“, „bolschewistische Verschwörung“. Das gesamte Geschehen von 1917 wird wieder als Russische Revolution und als ein einheitlicher Prozeß aufgefaßt - ganz wie ihn damals die Zeitgenossen erlebten. Das schließt Unterscheidungen für den „Februar“ und den „Oktober“ nicht aus. In Vielfalt und Divergenz der Meinungen beobachtete der Referent eine wachsende Ablehnung der von Marx abgeleiteten Formationsgeschichte und ihrer Schemata, zumindest hinsichtlich der Anwendung auf die russische Geschichte. „Februar“ und „Oktober“ seien keine epochal verschiedenen „Formationsrevolutionen“ gewesen. Schon der „Februar“ werde mit der Bezeichnung „bürgerlich-demokratische Revolution“ nicht richtig erfaßt: Der Form nach hätten sowohl demokratische als auch sozialistische Kräfte dominiert - aber in einem Geschehen, dessen Wesen „anarchistisch und ochlokratisch“ war. Russische Besonderheiten prägen auch die Debatten über den Charakter der Oktoberrevolution. Gegenüber der vereinfachten, auch dogmatisierten Bezeichnung als „sozialistisch“ müßten gewichtige Einwände bedacht werden: „Die Massen hatten kaum sozialistische Vorstellungen und Ziele; ihnen ging es um das physische Überleben; antibürgerliches Verhalten darf nicht mit prosozialistischem gleichgesetzt werden; ... die Bolschewiki siegten nicht unter sozialistischen, sondern unter demokratischen Losungen; ... die ersten Maßnahmen der Sowjetmacht hatten keinen sozialistischen Charakter; ... tatsächlich war sich das Volk nicht bewußt, daß es eine 'sozialistische Wahl' getroffen hatte.“

Die Diskussion über das Wesen der beiden Umbrüche von 1917 führte zur Frage nach den besonderen gesamtgesellschaftlichen Voraussetzungen. „Revolution und Rückständigkeit“ war Thema des Rates für die

„Geschichte der Revolutionen in Rußland“, wo der Vorsitzende P. W. Wolobujew von einem Land „zweier Zivilisationen“ sprach: „der europäisch-städtischen und der traditionell-dörflichen“. Schon die Februarrevolution sei Folge einer mangelhaften sozialen und agrarindustriellen „Modernisierung“ gewesen. Die Bolschewiken hätten die Rückständigkeit Rußlands ausnutzen können, so daß die Oktoberrevolution siegte und zum Ausgangspunkt der unter Stalin erfolgten „nachholenden Modernisierung sozialistischen Typs“ wurde. Jedoch die These vom „sozialistischen“ Charakter der bolschewistischen Machteroberung wird mit Berufung auf die ökosoziale Zurückgebliebenheit des ganzen Landes abgewiesen, wobei die Beurteilung dieser Revolution vom Positiven zum Negativen, vom Bild des bahnbrechenden Sieges zu dem der „Katastrophe“ wechselt. Hinter alledem steht die konkret-historische Frage, welche Möglichkeiten der Machtgestaltung im Prozeß der Russischen Revolution sichtbar wurden. Schützler bezeichnete sechs verschiedene Varianten: eine „bürgerlich-demokratische“ (Kerenski), eine „Generalsdiktatur“ (Kornilow), eine „menschewistische“ (Tscheidse, Zereteli u. a.), eine „homogen-sozialistische“ (Martow), eine „bolschewistisch-linksradikale“ (Lenin) und eine Kombination von Sowjets und Konstituante.

Den Abschluß des Kolloquiums bildete ein Beitrag des Philosophen *Prof. Dr. Wolfgang Eichhorn (Berlin)*. Er hatte bei Revolutionsdebatten anderorts ein weit verbreitetes Defizit an Historizität im Begrifflichen beobachtet und konzentrierte seine Gedanken auf ebendieses Problem: „Begrifflichkeit und Realität: Revolution im 20. Jahrhundert“. Mit Blick auf die neuzeitliche Begriffsgeschichte des Wortes „Revolution“ vermittelte der Referent die Einsicht, daß Revolution ein historisch sich veränderndes, widersprüchliches Phänomen ist und daher der Begriffsbildung zur Aufgabe macht, konkreter Geschichtlichkeit zu entsprechen. Er sah das Begreifen des Phänomens in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts auf der Höhe der Zeit, insofern „Revolution“ als ein komplexer Strukturwandel der Gesellschaftsverhältnisse erkannt wurde, der letzten Endes „durch angestaute sozialökonomische Konflikte des Produktions- und Reproduktionsprozesses“ bedingt sei. Jedoch nannte er zwei Aspekte, unter denen die geistige Rekonstruktion konkret-historischer Wandlungsprozesse als schwierig erscheinen muß. Erstens habe man es mit „hochkomplexen und irreversiblen Systemveränderungen zu tun, in denen - zusammen mit Kontinuitäten - Zufallsereignisse, Kontinuitätsbrüche und Imponderabilien aller Art eine wesentliche Rolle spielen“. Deshalb sei jede Behauptung, das Zukünftige mit Sicherheit zu wissen, ein

Wunschenken. Vielfalt der agierenden Kräfte, Offenheit möglicher Wandlungen und Resultate gestatten den Vorstellungen von Weg und Ziel lediglich den Rang einer vorläufigen Hypothese. Zweitens betonte auch er, wie sein Vorredner, daß sich geschichtliche Prozesse immer als Resultanten des Zusammenwirkens unendlich vieler Absichten und Aktionen herausbilden, daß daher die allgemeinen Folgen des Handelns von den Konzepten und Plänen der Beteiligten notwendigerweise abweichen. So ergibt sich denn eine „Inkongruenz von Intention und geschichtlichem Resultat“, die jedwedes Konzept scheitern läßt, das durch Kritik und Korrektur nicht stetig präzisiert wird.

Überzogene Zukunftsgewißheit und mangelhafte Konzeptkorrektur sah der Referent bei der sozialistischen Arbeiterbewegung seit der Wende des 19. zum 20. Jahrhundert. Bereits die Vorstellungen vom Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie und von der nahe bevorstehenden sozialistischen Umwälzung, die beispielsweise durch das Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie (1891) geprägt waren, entsprachen nicht ganz den Vorgängen, die realgeschichtlich passierten. Es hatten strukturelle Wandlungen eingesetzt, die die sozialökonomischen Konfliktfelder, überhaupt die Voraussetzungen des Ringens um Demokratie und Sozialismus veränderten. Eichhorn meinte einerseits jene Kette von „Imperialkriegen, Kriegsprovokationen und Rüstungen auf hochtechnologischer Grundlage“, die allzubald in den Ersten Weltkrieg, die „Urkatastrophe des Jahrhunderts“, einmündete. Andererseits sah er den Anfang einer „Rebellion der unterjochten Völker kolonialer und abhängiger Länder gegen die imperialen Metropolen“. Darin habe sich eine Verschiebung der historischen Bewegungsrichtung angekündigt, die in der Russischen Revolution und der Chinesischen Revolution offenbar wurde. Die Folgerung lautete: „Diese beiden Revolutionen formten die revolutionäre Geschichte der ersten Jahrhunderthälfte. Und wenn wir danach fragen, was für sie und für ihre weltgeschichtlichen Wirkungen kennzeichnend ist, so kommen wir nicht um die Antwort herum, daß es sich um den *Ausbruch eines großen Teils der Menschheit aus dem Imperialkrieg und seinen Verkettungen und aus dem System der kolonialen und halb-kolonialen Unterdrückung handelt*.“ Dabei sei eine Verlagerung der gesellschaftlichen Transformationen an die „Peripherie oder Semiperipherie mit multiformationellen Einflußfaktoren“ erfolgt, die durch die Prognose des Erfurter Programms, die proletarischen und eurozentristischen Schemata nicht erfaßt werden konnte.

An dieser Stelle richtete Eichhorn seine Kritik gegen Heutige, die den Begriff „Große Sozialistische Oktoberrevolution“ für unanfechtbar erklärten. Wohl sei der Sozialismus als Programm oder Programmziel eine machtvolle Antriebskraft gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen des Jahrhunderts geworden - wie denn auch Errungenschaften in materieller und kultureller Hinsicht zustande kamen, die gegenüber der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft eine Alternative bedeuteten. Doch die Errichtung einer neuen, zur kapitalistischen Produktionsweise alternativen und ihr auf Dauer überlegenen Produktionsweise mißlang. Die Klippe, an der dies scheiterte, sei vor allem die beginnende „informations- und kommunikationstechnologische Revolution der Produktions- und Lebensweise“ gewesen. Daraus sei zu folgern, daß bei tradierten Begriffsverwendungen wie „Sozialismus“, „sozialistisch“ und zudem „groß“ eine historisch-theoretische Vorsicht walten müsse. - Ein Bemühen um Präzisierung sozialistischer Konzeptionen angesichts der historischen Realitäten erkannte Eichhorn schon in Lenins letzten Lebensjahren: So etwa im Referat auf dem II. Gesamtrussischen Kongreß der kommunistischen Organisationen der Völker des Ostens (1919), wo Lenin aus den Erfahrungen seit Jahrhundertbeginn den Schluß zog, daß die sozialistische Revolution nicht nur und nicht einmal hauptsächlich ein Kampf der revolutionären Proletarier eines jeden Landes gegen die eigene Bourgeoisie sein werde, sondern ein Kampf „aller abhängigen Länder gegen den Imperialismus“. So auch die Neue Ökonomische Politik, das erste sozialistische Konzept für eine Entwicklung der Produktivkräfte, in welche Marktwirtschaft und Pluralität von Eigentumsformen integriert wurden. Die im Artikel über das Genossenschaftswesen enthaltene Bemerkung, „daß sich unsere ganze Auffassung vom Sozialismus grundlegend geändert hat“, läßt vermuten, wie sehr ein fortlebender Lenin kritisch und präzisierend gedacht hätte.

Es ist bekannt, daß solcherart Denkansätze in der Herrschaftszeit Stalins nicht fortgesetzt wurden, obwohl die Kommunisten durch den Faschismus in eine ganz neue geschichtliche Situation mit dem Erfordernis breiter Bündnispolitik gerieten. Die Korrekturen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale kamen zu spät, wurden von Stalinschen Institutionen abgeblockt, lagen aber auf einer strategischen Linie, die schließlich zur Anti-Hitler-Koalition führte. Diese „kapitalistisch-kommunistische Allianz“ gegen den Faschismus sei das „entscheidende Moment“ in der Geschichte des 20. Jahrhunderts gewesen, urteilte der Referent im Einklang mit E. Hobsbawm. Der von den Westmächten deklarierte Kalte

Krieg habe dann allerdings bewirkt, daß das alte und unbewegliche „Sozialismus-Kapitalismus-Schema“, vor dem Lenin schon warnte, wieder hervorgeholt wurde. Die waffenstarrende Systemkonfrontation und die unrichtige Definition einer „Epoche des gesetzmäßigen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus“ (1957) habe das Verständnis für ein anderes nahezu verdunkelt: die erwähnte systemübergreifende und globale Umwälzung der Produktions- und Lebensweise großer Menschenmassen, im Grunde sogar der Menschheit. Sie schreitet gründlicher und schneller voran als jede bisherige Umwälzung in der Geschichte.

Das Phänomen der Revolution hat sich also in diesem Jahrhundert verändert und verändert sich weiterhin, so daß sich auch die Begrifflichkeit ändern muß. „Die anwachsenden und sich verdichtenden globalen Interdependenzen, die zugleich mit regionalen Zentrenbildungen und mit sozialstruktureller und soziokultureller Multiversalität einhergehen, bilden einen neuen Bezugsrahmen. Zu berücksichtigen haben wir, daß wir es mit einer dynamischen Welt zu tun haben, die in wachsendem Maße global vernetzt und voller Instabilitäten ist, so daß kleine Veränderungen und geringfügige Störungen große Erschütterungen und Katastrophen globalen Ausmaßes nach sich ziehen können, die noch allemal auf Kosten der armen Völker und der Armen und Subalternen in aller Welt gehen.“ Eichhorn endete mit der These, daß die Kette ineinander verschlungener Revolutionszyklen, die von den frühbürgerlichen Umwälzungen in Europa bis zu den großen Volksrevolutionen des 20. Jahrhunderts in Rußland und China reicht und deren Glieder weltgeschichtlich bedeutsame Knotenpunkte waren, offenbar zu Ende geht. Ob man das so formulieren kann, möge dahinstehen - sagte der Referent selbst.

**Helmut Bock**

**Literatur**

- Nachfolgend seien zur Thematik gehörende Arbeiten aufgeführt, die von den Referenten im 80. Jahr der Russischen Revolution publiziert worden sind.
- Bock, Helmut: Vorbemerkungen. In: Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse?, hg. v. W. Hedeler, H. Schützler, S. Striegnitz, Berlin 1997, S. 17-32.
- Derselbe: Die Russische Revolution 1917. In: Die Oktoberrevolution 1917 und ihr Platz in der Geschichte. Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung 29, Bonn 1997, S. 81-94.
- Derselbe: Die Russische Revolution 1917 - „Kriegskind des 20. Jahrhunderts“. In: UTOPIE kreativ. Diskussion sozialistischer Alternativen, Berlin, H. 85/86, November/Dezember 1997, S. 7-20.
- Eichhorn, Wolfgang: Begrifflichkeit und geschichtliche Realität. In: Die Oktoberrevolution 1917 und ihr Platz in der Geschichte, a. a. O., S. 103-108.
- Hedeler, Wladislaw: Russische sozialistische Parteien im Kampf um die Macht. In: Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse?, a. a. O., S. 74-86.
- Derselbe: Nachtrabpolitik oder revolutionärer Sprung? Ein alter Streit über die Auslegung der Klassiker. In: Der Widerschein der Russischen Revolution. Ein kritischer Rückblick auf 1917 und die Folgen, hg. v. Th. Bergmann, W. Hedeler, M. Keßler, G. Schäfer, Hamburg 1997, S. 73-82.
- Kinner, Klaus: Fanal und Trauma. Die KPD und die Russische Revolution - zehn Jahre danach. In: Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse?, a. a. O., S. 137-155.
- Schützler, Horst: Die Revolution von 1917 im Paradigmawechsel der Historiographie Rußlands. In: Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse?, a. a. O., S. 155-174.
- Derselbe: Die Russische Revolution 1917 und ihre Historiographie im heutigen Rußland. In: Die Oktoberrevolution 1917 und ihr Platz in der Geschichte, a. a. O., S. 222-230.
- Striegnitz, Sonja: Im Revolutionsgeschehen 1917. Sozialrevolutionäre - Wiedergeburt und Positionsbestimmung. In: Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse?, a. a. O., S. 94 -114.
- Dieselbe: Sozialrevolutionäre und Koalitionsregierung. In: Der Widerschein der Russischen Revolution, a. a. O., S. 46-54.
- Dieselbe: Sozialrevolutionäre, Sowjets und Provisorische Regierung (März bis Oktober 1917). In: Die Oktoberrevolution 1917 und ihr Platz in der Geschichte, a. a. O., S. 237-246.
- Wegner, Michael: Maxim Gorki versus Wladimir Lenin. Ein zeitgenössischer Kritiker der Russischen Revolution. In: Der Widerschein der Russischen Revolution, a. a. O., S. 83-92.